

BEE-Neujahrsempfang 2011

Rede von Dietmar Schütz,
Präsident des BEE

Berlin, 07. Februar 2011



Anrede

Ihnen allen wünsche ich alles Gute, Gesundheit und Erfolg für das begonnene Jahr. Bevor ich mit Ihnen gemeinsam auf das Jahr 2011 und die anstehenden Herausforderungen blicke, lassen Sie uns kurz zurückschauen auf das Jahr 2010 – ein Jahr, das für die Erneuerbaren Energien geprägt war von energiepolitischen Weichenstellungen, die uns als Branche nicht gerade optimistisch stimmen.

Mit der Aufkündigung des Atomausstiegs durch die Bundesregierung wurde uns eine verlässliche Grundlage für bisherige und künftige Investitions-Entscheidungen entzogen. Der grundlegende Systemkonflikt, dass mit steigendem Ausbau der Erneuerbaren Energien immer weniger Großkraftwerke gebraucht werden, die durchgängig am Netz sind, wird immer manifester. Und schon heute ist bisweilen zu viel konventioneller Strom im Netz – ein Problem, das sich durch länger laufende Großkraftwerke dramatisch verschärfen wird.

Meine Damen und Herren, nicht zuletzt war das vergangene Jahr von einem besonders tragischen Ereignis überschattet: Der plötzliche Tod von Hermann Scheer, der uns schockiert und tief betroffen gemacht hat. Mit ihm haben wir einen der Pioniere der Erneuerbaren Energien und einen der engagiertesten Kämpfer für den Umstieg auf eine nachhaltige Energieversorgung verloren. Seine Verdienste um den Ausbau der Erneuerbaren Energien in Deutschland und in aller Welt sind unschätzbar.

Das Jahr 2011 stellt uns vor ähnlich große Herausforderungen wie das vergangene Jahr. Erneut stehen energiepolitische Entscheidungen an, die für die Erneuerbaren nicht nur von elementarer, sondern auch von existenzieller Bedeutung sind.

Die anstehende Novelle des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes, der lebensnotwendigen Grundlage für den erfolgreichen Ausbau und die marktfähige Entwicklung innovativer, regenerativer Energietechnologien und auch die Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes werden im kommenden Jahr entscheidende politische Weichenstellungen für die gesamte Branche sein.

Es gilt in diesem Jahr, unsere volle Aufmerksamkeit und Energie auf die EEG-Novelle zu richten, um die stabilen Rahmenbedingungen für den Ausbau der Erneuerbaren zu erhalten.

Meine Damen und Herren, wir haben in der Branchenprognose für den Gesamtausbau der Erneuerbaren Energien gezeigt, wie wir bis 2020 schon mehr als ein Viertel der gesamten verbrauchten Energie aus regenerativen Quellen gewinnen können. Damit wir diesen Weg konsequent beschreiten können, brauchen wir nach wie vor die richtigen Rahmenbedingungen und keine neuen Hindernisse.

Zu diesen Rahmenbedingungen gehört vor allem das Festhalten an den bewährten Grundsätzen des EEG. Diese bewährten Grundsätze sind

- in erster Linie der Vorrang für Erneuerbare Energien. Seine Einhaltung macht eine Definition der Nachrangigkeit der konventionellen Energieträger im Strommix erforderlich.
- dazu gehört eine kostendeckende und technologiedifferenzierte Vergütung. Denn sie ermöglicht eine effiziente Entwicklung einer Vielzahl von Technologieoptionen.
- und dazu gehört eine realistische Degression der Vergütung. Marktwachstum heißt in der Regel Kostensenkung. Diese wird von den Erneuerbaren Energien an die Verbraucher weitergegeben. Die Degression treibt Innovation, senkt Differenzkosten und hebt die Akzeptanz. Gerade hat die Solarwirtschaft gezeigt, wie dieser Mechanismus funktionieren kann. Der Degressionsmechanismus setzt auf marktwirtschaftliche Preissignale und nicht auf planwirtschaftliche Deckelung oder Quotierung.

Schließlich

- haushaltsunabhängige Ausbauimpulse. Das EEG braucht kein Steuergeld. Es ist unabhängig von den jährlichen Haushaltsberatungen und bietet damit Investitionssicherheit.

Außerdem müssen wir **Kosten und Nutzen transparent zuweisen** – und damit den Ausgleichsmechanismus überarbeiten. Der neue Ausgleichsmechanismus bedeutet einen Zugewinn an Transparenz des EEG für alle Marktteilnehmer. Jedoch bedeutet die fest vorgeschriebene Vermarktung der gesamten EEG-Strommenge nur über den Spotmarkt einer Strombörse nicht in allen Fällen die höchsten Erlöse und damit die niedrigsten Differenzkosten. Eine Öffnung anderer Vermarktungswege für Teile der EEG-Strommengen ist daher dringend erforderlich.

Auch muss die Zuweisung der Differenzkosten überarbeitet werden. Die Erneuerbaren senken nachweislich und signifikant den Börsenstrompreis – gleichzeitig steigen genau dann jedoch die Differenzkosten für die Verbraucherinnen und Verbraucher, ohne dass der damit verbundene Nutzen berücksichtigt wird. Dieses Paradoxon muss aufgelöst werden.

Meine Damen und Herren, zur besseren Systemintegration der Erneuerbaren Energien sind Anreize zur Technologieentwicklung und -anwendung erforderlich. Wir brauchen Neuanlagen und Speicher, die optimal an den Erfordernissen des elektrischen Systems ausgerichtet sind. Wir benötigen die Koordination verschiedener Erneuerbarer Kraftwerke (Stichwort: Regeneratives Kombikraftwerk) und die Steuerung von Stromverbrauchern (Stichwort: Demand-side-management). Dafür müssen wir Anreize schaffen, die mehr bieten als nur die Schwankung des Börsenstrompreises (Stichwort: Stetigkeitsanreiz).

Es ist beispielsweise nicht länger hinnehmbar, dass Biogasanlagen immer noch durchweg „Strich gefahren“ werden, obwohl sie mit überschaubarem Speicheraufwand zeitversetzt betrieben werden können – vor allem wenn hierzu ein wirtschaftlicher Anreiz im EEG verankert wird.

Nicht zuletzt müssen wir eine Marktintegration ermöglichen, die diesen Namen auch verdient hat. Denn der heutige Strommarkt ist bei Weitem kein vollkommener Markt wie in der Theorie der Volkswirtschaftslehre. An vielen Stellen versagt er nämlich.

Beispielsweise kennt er keine hinreichenden Preise für die versteckten Umwelt- und Folgekosten der konventionellen Energie. Auch bietet er ohne eine komplexe Regulierung keine Anreize für hinreichende Investitionen in Erneuerbare Energien,

kompatible Kraftwerke und Infrastrukturkomponenten. Dies muss sich mittelfristig grundsätzlich ändern. Das Marktdesign gehört auf den Prüfstand.

Bis dahin muss das EEG auf die Erfordernisse der künftigen regenerativen Energiewirtschaft ausgerichtet werden. Es bietet hierzu verschiedene sehr gute Ansätze, die erhalten bzw. aktiviert werden müssen:

- Die Umlagebefreiung echter Ökostromprodukte muss erhalten bleiben. Wir freuen uns, dass der Bundesumweltminister eine geplante rückwirkende Änderung aufgeben hat. Die Vorschläge der Branche hierzu sind bekannt und der Bundestag ist nun gefordert, entsprechende Anpassungen mit Augenmaß und zeitlichem Vorlauf vorzunehmen.
- Eine Teilmengenvermarktung der installierten EEG-Leistung muss möglich und die
- Teilnahme an Regelenergiemärkten erleichtert werden.

Erst kürzlich hat die von der Deutschen Energie-Agentur vorgestellte dena-Netzstudie II gezeigt, dass die Erneuerbaren Energien künftig einen erheblichen Beitrag zur Stabilität der Stromnetze leisten können.

Die Erneuerbaren-Branche steht im Gegenzug bereit, die benötigten Technologien fortwährend weiterzuentwickeln und in großer Breite zum Einsatz zu bringen. Doch schon heute, bei einem Anteil von derzeit 17,4 Prozent am Stromverbrauch, stellt die Systemintegration von teilweise flexibel einspeisenden Regenerativanlagen eine besondere Herausforderung dar. Das liegt nicht zuletzt am erforderlichen Netzausbau, der in der Vergangenheit viel zu zögerlich vorangetrieben wurde. Dieser Ausbau der Stromnetze ist aber dringend erforderlich.

Die Branche der EE wird sich in der Öffentlichkeit für den Netzausbau einsetzen und noch deutlicher positionieren. Insbesondere brauchen wir den Nord-Süd-Ausbau – wenn auch geringer als vielerorts prognostiziert. Denn eine dezentrale Stromproduktion, die das Zusammenspiel verschiedener Erneuerbarer Kraftwerke koordiniert, stellt wesentlich geringere Anforderungen an den überregionalen Leitungsausbau als alte und starre Großstrukturen.

Gleichwohl – wir brauchen dringend den Netzausbau. Dabei sage ich Ihnen aber auch: Das geht nur mit den Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam – und nicht über ihre Köpfe hinweg. Es ist erwiesen, dass die Menschen einen Netzausbau „vor ihrer Haustür“ viel eher akzeptieren würden, wenn sie wüssten, dass er einzig zur Integration der Erneuerbaren dienen würde und nicht der Durchleitung von Atomstrom.

Doch, meine Damen und Herren, uns stellt nicht nur der Ausbau im Stromsektor vor neue Herausforderungen. Auch im Wärmemarkt gibt es weiterhin viel zu tun.

Zur Erinnerung: Mehr als 50 Prozent des gesamten deutschen Energieverbrauchs entfallen auf die Wärmeversorgung. In einem Wohngebäude werden sogar mehr als 80 Prozent des Energieverbrauchs für Heizung und Warmwasser benötigt. Gleichzeitig sind nur etwa zwölf Prozent der Heizungen in Deutschland auf dem Stand der Technik. Dies zeigt noch einmal den hohen Handlungsdruck im Wärmesektor.

Ohne entschlossenes Gegensteuern werden wir nicht nur unsere Klimaschutz- und Ausbauziele verfehlen – den Verbrauchern drohen außerdem massive Heizkostenbelastungen und wir werden noch abhängiger von immer knapperem und schmutzigerem Erdöl. Nicht zuletzt riskieren wir den Verlust heimischer Wertschöpfung und ausbleibende Steuereinnahmen.

Das geltende Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz kann nur als erster Schritt gesehen werden. Ich begrüße es, dass die Bundesregierung endlich die Notwendigkeit eines haushaltsunabhängigen Fördersystems für Erneuerbare im Wärmebereich erkannt und mit einem Prüfauftrag im Energiekonzept versehen hat. Damit kommt sie einer langjährigen Branchenforderung zumindest nahe.

Seit geraumer Zeit fordert der BEE für die Wärmeversorgung des Gebäudebestandes ein verlässliches und wirksames Ausbauinstrument für Erneuerbare Energien, nämlich die Erneuerbare-Wärme-Prämie. Dieses Instrument ist haushaltsunabhängig ausgestattet, indem der Wärmesektor seinen Umbau künftig selbst finanziert.

Das heißt: Nicht der Steuerzahler oder vom Emissionshandel erfasste Unternehmen, sondern die Importeure fossiler Brennstoffe werden zum Umbau des Wärmemarktes herangezogen. Sie zahlen pro verkaufter Einheit Öl und Gas eine Erneuerbare-Wärme-Prämie, die zur Finanzierung des Umweltnutzens herangezogen wird, den diejenigen erwirtschaften, die in eine regenerative Heizung investieren.

Der Wärmemarkt leidet derzeit unter einem besonderen Attentismus. Verbraucher sind verunsichert über die weitere technologische Entwicklung, aber auch über die weitere Entwicklung der Rahmenbedingungen. Die Erneuerbare-Wärme-Prämie muss klar signalisieren: *Jetzt ist der richtige Zeitpunkt zur Investition!*

Wir brauchen daher jetzt eine Politik, die den Umbau der Wärmeversorgung merklich beschleunigt und Effizienzmaßnahmen, moderne Technik und Erneuerbare Energien in idealer Weise zusammenbringt. An der Technik für Erneuerbare Wärme mangelt es nicht. Seit einem Jahr nun liegt die gemeinsame Resolution von den Mitgliedern des BEE und dem BDH im Bundesumweltministerium – 2011 muss daher in diesem Bereich mehr bringen als nur einen Prüfauftrag.

Meine Damen und Herren, ein immer noch höheres Einsparpotenzial an fossilen Energieträgern als der Stromsektor bietet der Verkehrsbereich. Hier ist die Abhängigkeit von fossilem Erdöl mit über 90 Prozent besonders hoch. Daher ist auch hier ein Umsteuern dringend geboten: Alle Antriebsarten müssen konsequent auf Erneuerbare Energien (EE) umgestellt werden.

Hierfür ist einerseits ein weiterer Ausbau der Biokraftstoffverwendung unumgänglich. Wir brauchen E10-Kraftstoffe und wir brauchen die Einführung der Nachhaltigkeitsverordnung für Biokraftstoffe. Es führt kein Weg an den markteingeführten Biokraftstoffen Biodiesel, Pflanzenölkraftstoff, Bioethanol und Biogas vorbei, die für eine ganze Zeit noch den Impuls für eine erneuerbare Mobilität geben werden.

Aber schon heute ist der Einsatz des Elektromotors im Pkw, insbesondere auf Kurzstrecken, sowie für den städtischen Lieferverkehr optimal. Dabei sind Verknüpfungen der beiden Technologien Elektromobilität und Biokraftstoffe sinnvoll und machbar.

Doch genau so wichtig für das Erreichen unserer Ziele hierzulande, meine Damen und Herren, sehr verehrter Herr Kommissar, sind stabile und verlässliche Rahmenbedingungen auf europäischer Ebene.

Oberste Priorität muss dabei für Bundesregierung und EU-Kommission die Umsetzung der 2009 in Kraft getretenen EU-Richtlinie zur Förderung Erneuerbarer Energien haben. Unsere Branche tritt für eine vollständige und ambitionierte Umsetzung dieser Richtlinie ein. Und wir freuen uns, dass dies am Freitag in Brüssel noch einmal so bestätigt wurde. Nur so können in Deutschland und den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union die gemeinsam beschlossenen Ausbauziele erreicht werden.

Wir haben schon oft betont, dass in Deutschland weit mehr als der festgeschriebene Anteil von 18 Prozent Erneuerbarer Energie am Gesamtenergieverbrauch erreicht werden kann. Auch liegen inzwischen die nationalen Aktionspläne aller anderen Mitgliedstaaten vor. Und sie belegen: Die gesamte EU kann ihre Ziele mit den nationalen Fördersystemen übertreffen.

Die erneute Debatte um eine mögliche Harmonisierung der nationalen Fördersysteme bringt den Ausbau der Erneuerbaren jetzt nicht weiter. Im Gegenteil: Sie hat schon zu massiver Verunsicherung in den Mitgliedstaaten geführt und gefährdet die verbindlichen nationalen Ausbauziele und das gemeinsame europäische Ziel für 2020. Auch wenn jetzt auf dem EU-Gipfel eine derartige Politik relativiert wurde und eine Harmonisierung von der Bundesregierung öffentlich und in einem Brief an uns als inakzeptabel zurückgewiesen wurde, möchte ich kurz auf eines der Hauptargumente der Befürworter eingehen.

Es wird behauptet, ein EU-weit harmonisiertes Fördersystem wäre kostengünstiger als die differenzierten nationalen Fördersysteme. Diese Behauptung ist für uns nicht nachvollziehbar und hält im Übrigen auch wissenschaftlichen Untersuchungen nicht stand. Die angeblichen Vorteile einer Harmonisierung gegenüber dem bestehenden System werden m.E. maßgeblich überschätzt.

Die Kostentreiber sind nämlich gerade nicht die effektiven nationalen Fördersysteme. Ein europaweit harmonisiertes Quotensystem mit Zertifikatehandel, wie es sich die Großkonzerne RWE, E.ON und Co. wünschen, würde enorme zusätzliche Kosten

erzeugen. Konkret sprechen wir von Mehrkosten in einer Größenordnung von über 90 Milliarden Euro, die auf die EU und ihre Mitgliedstaaten zukommen würden.

Abgeordnete der Regierungskoalition haben selbst erst kürzlich zurecht darauf hingewiesen, dass in Großbritannien, wo es ein Quotensystem mit Zertifikatehandel gibt, die Megawattstunde Windenergie 65 Euro kostet. In Italien, wo man ein ähnliches System hat, kostet die Megawattstunde Windenergie sogar 85 Euro. In Deutschland mit seinem EEG kostet die Megawattstunde Windenergie 50 Euro.

Das Quotensystem hat bisher nirgends einen beachtenswerteren Ausbau der Erneuerbaren bewirkt als das Feed-In System. Nicht umsonst wendet deshalb ein Großteil der Mitgliedstaaten Feed-In Systeme an. Und erst kürzlich haben sich die Länder im Rahmen der Verhandlungen zur Erneuerbaren Richtlinie vernünftigerweise wieder für die Beibehaltung der effektiven, erfolgreichen und bewährten nationalen Fördersysteme ausgesprochen. Diese sorgen für Vielfalt und neue unabhängige Wettbewerber auf dem Energiemarkt – und sie tragen maßgeblich zur Versorgungssicherheit bei.

Ein einheitliches Quotensystem dagegen würde allein die Marktmacht der großen Energiekonzerne stärken – auf Kosten der kleinen und mittleren Unternehmen. Wen wundert es also, dass sich die großen EVU so vehement und ausnahmslos für einen Zertifikate-Handel im Rahmen von Quotenmodellen aussprechen.

Die Befürworter einer Harmonisierung stützen ihre Thesen gern auch auf das vermeintlich logische Argument, Erneuerbare Energien sollten nur noch am „optimalen Standort“ produziert werden – die Photovoltaik aus Südeuropa, Windenergie nur noch an den Küsten. Als Ergänzung einer dezentralen Vollversorgung aus EE ist dagegen nichts einzuwenden. Die angeblichen Kostenvorteile werden aber eben überschätzt.

Ein solches Modell allein würde jedoch unsere Branche und die Energiepolitik der Bundesregierung zu Recht vor ein massives Akzeptanzproblem bei der Bevölkerung stellen. Denn es sind gerade die heimische Wertschöpfungskette und die dezentrale Struktur der Erneuerbaren, die bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern die hohe Akzeptanz hervorrufen.

Lassen Sie uns, sehr geehrter Herr Kommissar, gemeinsam dafür sorgen, dass wir unsere Ziele für die Erneuerbaren Energien erreichen. Lassen Sie uns dafür sorgen, dass die Richtlinie für Erneuerbare Energien ambitioniert umgesetzt werden kann.

Das EEG ist dabei ein kraftvolles und äußerst effektives Instrument. Die Branche der Erneuerbaren in Deutschland ist sich ihrer internationalen Vorbildrolle sehr bewusst und ich kann Ihnen unsere volle Unterstützung für den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien zusichern.

Wir sind gespannt auf Ihre Ausführungen, Herr Kommissar. Wie wollen Sie in Europa erfolgreich die Erneuerbaren Energien voranbringen?